

SWR2 Wissen: Aula

## **Starke Märkte, schwacher Staat**

Warum der Kapitalismus die Demokratie bedroht (1/2)

Von Wolfgang Streeck

Sendung: Sonntag, 18. August 2019, 8.30 Uhr

Erst-Sendung: Sonntag, 15. Januar 2017, 8.30 Uhr

Redaktion: Ralf Caspary

Produktion: SWR 2017

Geldgeschäfte stehen über Bürgerinteressen, arm und reich driften auseinander, der Klimawandel droht - das sind Hinweise auf einen zügellosen Kapitalismus, sagt der Soziologe Professor Wolfgang Streeck. In seinem Vortrag benennt er Ursachen, Folgen und Gefahren dieser Entwicklung.

---

### **Bitte beachten Sie:**

Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR.

---

SWR2 können Sie auch im **SWR2 Webradio** unter [www.SWR2.de](http://www.SWR2.de) und auf Mobilgeräten in der **SWR2 App** hören – oder als **Podcast** nachhören:

---

### **Kennen Sie schon das Serviceangebot des Kulturradios SWR2?**

Mit der kostenlosen SWR2 Kulturkarte können Sie zu ermäßigten Eintrittspreisen Veranstaltungen des SWR2 und seiner vielen Kulturpartner im Sendegebiet besuchen. Mit dem Infoheft SWR2 Kulturservice sind Sie stets über SWR2 und die zahlreichen Veranstaltungen im SWR2-Kulturpartner-Netz informiert. Jetzt anmelden unter 07221/300 200 oder [swr2.de](http://swr2.de)

### **Die neue SWR2 App für Android und iOS**

Hören Sie das SWR2 Programm, wann und wo Sie wollen. Jederzeit live oder zeitversetzt, online oder offline. Alle Sendung stehen sieben Tage lang zum Nachhören bereit. Nutzen Sie die neuen Funktionen der SWR2 App: abonnieren, offline hören, stöbern, meistgehört, Themenbereiche, Empfehlungen, Entdeckungen ...  
Kostenlos herunterladen: [www.swr2.de/app](http://www.swr2.de/app)

## MANUSKRIFT

### Ansage:

Mit dem Thema: „Starke Märkte, schwacher Staat – der Kapitalismus bedroht die Demokratie“, Teil 1.

Der Kapitalismus sei am Ende, sagen viele Wissenschaftler, Soziologen, Ökonomen, sie verweisen auf die Umweltkrise, die Polarisierung zwischen Arm und Reich, auf das neue Prekariat, auf die Tatsache, dass Kapitalinteressen oftmals Bürgerinteressen dominieren.

Professor Wolfgang Streeck gehört zu diesen Kapitalismuskritikern, er war Direktor des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung in Köln. In der SWR2 Aula zeigt er in zwei Teilen, wie sich der Kapitalismus in den letzten Jahrzehnten verändert hat, was das für das Modell der Demokratie bedeutet.

Heute im ersten Teil geht es um den klassischen Nachkriegskapitalismus.

### Wolfgang Streeck:

#### *Demokratie im Nachkriegskapitalismus: Das Standardmodell*

Mein Ausgangspunkt ist, was ich das *Standardmodell der westlichen Nachkriegsdemokratie* nenne – eingerichtet und durchgesetzt von den Vereinigten Staaten in ihrem Einflussbereich nach 1945, herausgewachsen in fast zwei Jahrhunderten aus den politischen Institutionen der wie die Griechen und Römer sklavenhaltenden Pflanzeraristokratie der nordamerikanischen englischen Kolonien, weiterentwickelt in einem schrittweisen, oft traumatischen Prozess der Staaten- und Nationenbildung im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg, später in einem blutigen Bürgerkrieg sowie in der *Progressive Era* des ersten Roosevelt und dem *New Deal* des zweiten. Parallel zur Herausbildung eines demokratischen Zentralstaats, die ihren Höhepunkt mit den *Great Society*-Reformen unter Lyndon Johnson erreichte, entfaltete sich der amerikanische Kapitalismus, dessen krisenhafte Expansion spätestens in den 1930er Jahren nach jenem modernen Interventionsstaat verlangte, der dann, nach dem siegreich bestandenen Zweiten Weltkrieg, zum globalen Modell für eine befriedete kapitalistische Industriegesellschaft werden sollte.

Die Demokratisierung der westlichen Welt nach dem Muster des US-amerikanischen *New Deal* war Teil dessen, was wir als das *postwar settlement* bezeichnen. Hinter ihr standen die Erfahrungen der angloamerikanischen Industriegesellschaften mit den Kriegen und Klassenkriegen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Demokratie war sowohl Alternative zum stalinistischen Kommunismus als auch Bollwerk gegen faschistische Autarkiebestrebungen gegenüber einem erneuerten, von den USA kontrollierten globalen Freihandelsregime. Nach innen war die neue Demokratie als Teil eines Klassenkompromisses konzipiert, als eine politische Architektur zur Integration gemäßiger Organisationen der Arbeiterklasse in nationalstaatlich organisierte kapitalistische Gesellschaften. Dabei ging es darum, die Hinnahme kapitalistischer Produktionsverhältnisse durch die nichtkapitalistische große Mehrheit

der Bevölkerung zu ermöglichen, im Austausch gegen gesicherte Vollbeschäftigung, stetiges Wachstum bei Beendigung des krisenhaften Konjunkturzyklus mittels staatlicher Planung, einen langsam aber zuverlässig steigenden Lebensstandard für alle, einen laufenden Ausbau der sozialen Sicherung und der sozialen Dienstleistungen und eine Angleichung der Teilhabe- und Lebenschancen. Märkte ja, privateigene Produktionsmittel ja, aber nicht ohne umverteilende Politik und deren Absicherung durch staatlich-politische Institutionen, in denen das Interesse der Mehrheit an Beteiligung am kapitalistischen Fortschritt von dieser Mehrheit selber vertreten und durchgesetzt werden konnte. Ohne Berücksichtigung dieser Zusammenhänge lässt sich die Demokratisierung der westlichen Industriegesellschaften nach 1945 nicht einmal annähernd verstehen.

Worin bestand nun, was ich als das *Standardmodell der Demokratie* im neugegründeten, staatlich administrierten, „demokratischen“ Kapitalismus der Nachkriegszeit bezeichne? Seine Ausfertigungen unterschieden sich von Land zu Land; aber allen gemeinsam war eine in einigermaßen freien Wahlen nach einem Mehrheitsprinzip gebildete staatliche Regierung, die bei ihrer Gesetzgebung an ein ebenso einigermaßen frei gewähltes Parlament gebunden war und in der einen oder anderen Weise rechtlicher Kontrolle unterlag. Getragen wurde das Ganze von etablierten, breit und tief in die Gesellschaft hinein organisierten politischen Massenparteien, im Idealfall zwei „Volksparteien“ der rechten und linken Mitte, die ungefähr die dominierenden Klassenlagen in einer kapitalistischen Industriegesellschaft abbildeten, aber eben nur ungefähr, was sie fähig zum Kompromiss und unfähig zum Bürgerkrieg machen sollte. Dass die Regierungsgewalt grundsätzlich von Mitte-rechts nach Mitte-links wechseln konnte und umgekehrt, bildete eine wirksame Drohung für den Fall, dass eine der beiden Seiten den Klassenkompromiss vergessen sollte, der dem sozialen Frieden unterlag; zugleich wurde damit eine Pendelbewegung zwischen mehr und weniger sozialpolitischem „Fortschritt“ institutionalisiert, die bei regelmäßigen Ausschlägen nach beiden Seiten insgesamt eine stetige und wachstumsverträgliche Besserstellung der unteren Klassen hervorbrachte.

Ebenfalls zum Standardmodell gehörten möglichst umfassend organisierte Interessenverbände, insbesondere von Arbeit und Kapital, darunter mitgliederstarke Gewerkschaften mit verfassungsgesicherten Rechten zu kollektivvertraglicher Regulierung von Löhnen und Arbeitsbedingungen, zur Not mit Hilfe eines garantierten Streikrechts. Die so institutionalisierten „industriellen Beziehungen“ bildeten einen zweiten, zusätzlichen Kanal für die Artikulation von egalitären Umverteilungsinteressen. Auf national unterschiedliche Weise waren Gewerkschaften und Arbeitgeber auch an der Verwaltung der Institutionen und Kassen des entstehenden, aus den erwarteten Produktivitätszuwächsen zu finanzierenden Wohlfahrtsstaats beteiligt, was sie in die Lage versetzte, die von ihren Mitgliedern eingezahlten Beiträge vor staatlichem Zugriff zu schützen und sich selbst auf mannigfache Weise organisatorisch abzusichern.

Natürlich war der demokratisch-kapitalistische Wohlfahrtsstaat nicht unbegrenzt liberal. Nach der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches und der erfolgreichen Eingliederung des westdeutschen Reststaates in das neuformierte kapitalistische Weltsystem war von den zwei historischen Feinden der westlichen Demokratie, Faschismus und Kommunismus, nur noch der Kommunismus übrig. Wo

dieser schwach war, etwa in Westdeutschland infolge seiner Ausgliederung in den ostdeutschen Teilstaat, konnten seine Organisationen verboten werden; ähnlich war es in den USA, wo die Kommunistenverfolgung schon kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs begann, um dann in den 1950er Jahren ihren Höhepunkt zu erreichen. Zugleich organisierte und finanzierte die CIA einen internationalen Kulturkrieg gegen den kommunistischen Todfeind. In Ländern allerdings, wo dieser tief im Parteien- und Gewerkschaftssystem verankert war, musste man zunächst mit ihm leben – was besonders in Italien, aber auch in Frankreich darauf hinauslief, die kommunistischen Massenparteien notfalls mit Hilfe massiver Interventionsdrohungen von politischer Einflussnahme ausschließen zu lassen und die von Kommunisten beherrschten Einheitsgewerkschaften unter Einsatz umfangreicher finanzieller Mittel zu spalten.

Dennoch und in diesen Grenzen ermöglichte das, was im westlichen Herrschaftsbereich nach dem Zweiten Weltkrieg entstand, eine bis dahin für unmöglich gehaltene friedliche Koexistenz von Kapitalismus und Demokratie. Als historische Vernunfttatsache zusammengehalten wurde sie durch die geniale Friedensformel der Keynes'schen Wirtschaftstheorie, die die Demokratie zu einer *kapitalistischen Produktivkraft* umdefinierte: Eine den Interessen der lohnabhängigen Mehrheit wahlpolitisch verpflichtete Regierung sorgte im Bündnis mit sicher etablierten Gewerkschaften für jene fortlaufende und nachhaltige Umverteilung von oben nach unten, die nach dem Stand des aus der Erfahrung der Weltwirtschaftskrise destillierten wirtschaftswissenschaftlichen Wissens erforderlich war, um die effektive Nachfrage auf dem für Vollbeschäftigung und Wachstum nötigen Niveau zu halten. Im Ergebnis verwandelte sich unter dem Einfluss demokratischer Politik und gewerkschaftlicher Organisation der Kapitalismus aus einem *gesellschaftlichen Klassenverhältnis* in eine staatlich administrierte *Prosperitätsmaschine*, technokratisch auf ein stabiles Gleichgewicht hin feingesteuert von einem demokratisch sensibilisierten Staatsapparat unter dem Druck einer für die Neugründung des Kapitalismus unentbehrlichen kooperativen Arbeiterklasse.

#### *Die neoliberale Transformation des demokratischen Kapitalismus*

Länger als drei Jahrzehnte freilich hat dieses, im Rückblick oft als „demokratischer Kapitalismus“, bezeichnete Arrangement nicht gehalten. In den 1970er Jahren begann es überall zu erodieren, ohne dass dies immer sofort bemerkt worden wäre. Zu den Ursachen des Zerfalls gehören die in den weltweiten Unruhen der späten 1960er Jahre zum Ausbruch gekommenen gestiegenen Erwartungen an die Zahlungsfähigkeit und Zahlungswilligkeit der kapitalistischen Wirtschaft, die das Kapital aus seinem Winterschlaf als produktive Infrastruktur aufweckten und es sich als Klasse wiederentdecken ließen. Der damit wiederaufflammende Verteilungskonflikt bewirkte zunächst, in den 1970er Jahren, eine weltweite Inflation in Kombination mit einer ebenso weltweiten Profitklemme, gefolgt von Stagnation und Arbeitslosigkeit als Manifestation eines sogenannten „Vertrauensverlusts“ auf der Seite „des Kapitals“. Spätestens dann begann dessen Suche nach einem Ausweg aus der sozialdemokratisch-nationalen Dienstbarkeit der Nachkriegsjahre – eine Suche, die sehr bald in den bis heute andauernden Prozess der „Globalisierung“ einmündete.

Globalisierung bedeutet in erster Linie eine Verschiebung der Machtverhältnisse zwischen international mobil gewordenem Kapital bzw. seinen Besitzern und

Verfügen auf der einen Seite und national gebundener politischer Demokratie auf der anderen, und damit zwischen Kapital einerseits und auf Kapital wie Demokratie angewiesener Arbeit andererseits. In den Jahrzehnten nach dem Epochenbruch der 1970er Jahre eröffneten sich für Unternehmen und Vermögensbesitzer immer neue Wege aus der nationalstaatlichen Nutztierrhaltung hinaus in eine weite, von Demokratie unberührte Marktwelt. Gesellschaften und ihre Staaten, die das, was sie lange für „ihr“ Kapital gehalten hatten, nicht ziehen lassen wollten, mussten sich nun auf eine weitere *revolution of rising expectations* einstellen, diesmal auf der anderen Seite der Klassenteilung. Damit begann die Ära neoliberaler „Reformen“ mit dem Ziel einer Revitalisierung des Kapitalismus zu dessen Bedingungen – Deregulierung, Marktöffnung, Freihandel, weniger Staat, mehr Markt, und „schwarze Nullen“ ohne Ende.

So kam die Demokratie als politisch-ökonomische Interventionsdemokratie in Misskredit: als technokratisch „unterkomplex“ angesichts der „gestiegenen Komplexität“ der Welt, als zur Überforderung von Staat und Wirtschaft ermunternd und als politisch korrupt, weil unfähig, „den Bürgern“ reinen Wein über die „Gesetze der Wirtschaft“ einzuschenken, denen zufolge neues Wachstum gerade nicht durch Umverteilung von oben nach unten entsteht, sondern umgekehrt durch Umverteilung von unten nach oben: durch Schaffung stärkerer Arbeitsanreize – am unteren Rand der Einkommensverteilung mittels Abbau von Mindestlöhnen und Senkung von Sozialleistungen, am oberen dagegen durch verbesserte Gewinnaussichten und höhere Bezahlung, gerne auch mit Hilfe niedrigerer Steuern. Damit tritt im Vollzug der neoliberalen Revolution ein neues Wachstumsmodell an die Stelle des Keynesianischen. Wie bei jeder wirtschaftswissenschaftlichen Doktrin handelt es auch bei ihm um eine verklausulierte Beschreibung der aus einer historischen politischen Machtverteilung erwachsenden Handlungszwänge als Naturgesetze. Dabei erscheint jetzt Demokratie nicht mehr als Produktivkraft, sondern im Gegenteil als Klotz am Bein des wirtschaftlichen Fortschritts, weshalb der verteilungspolitische Selbstlauf der Märkte vor ihr durch chinesische Mauern jeglicher Art geschützt werden muss.

Die in Gang befindliche gegenseitige Abkoppelung von Kapitalismus und Demokratie hat viele Facetten, allgemeine und besondere, und besonders in der Europäischen Union. Einer der Pfade aus dem demokratischen in den neoliberalen Kapitalismus war die langfristige Verlagerung der verteilungspolitischen Konflikte aus der Lebenswelt der Normalbürger und -arbeiter in die höheren Sphären internationaler Technokratie und Diplomatie, vollzogen im Verlauf von Bemühungen um einen einigermaßen stabilen sozialen Frieden zur Absicherung der parallel fortschreitenden Globalisierung. Inflation, Staatsverschuldung, Öffnung der privaten Kreditmärkte und, heute, die grenzenlose freie Produktion von Geld folgten einander als Notbehelfe zur Pazifizierung eines in immer neuen Formen sich verschärfenden Verteilungskampfs. War dieser in der Hochinflation der 1970er Jahre und den sie begleitenden Arbeitskonflikten noch unmittelbar erfahrbar, so reduzierte sich politische Partizipation nach dem weltweiten Ende der Inflation auf die Beteiligung an Wahlen, bei denen es vor allem um die Verteidigung sogenannter „sozialer Besitzstände“ ging – Besitzstände, die jedoch über kurz oder lang von allen „verantwortlichen“ Parteien für „unhaltbar“ erklärt wurden. Anschließend, in der in den 1990er Jahren einsetzenden ersten Welle fiskalischer Konsolidierung, verschob sich das Verteilungsproblem aus der wahlpolitischen Arena in die der privaten Finanzmärkte,

in denen der Bürger als Kunde in direktem, individuellem Gegenüber mit den Verkaufsabteilungen privater Banken und Versicherungen Spar- und Kreditverträge auszuhandeln hatte, mit Organisationen, die ihren Klienten häufig und gerne *financial illiteracy* attestieren. Schließlich, nach dem Zusammenbruch der Schulden- und Anlagenpyramide 2008, vollzog sich die Auseinandersetzung um Produktion und Verteilung der Früchte eines immer anspruchsvoller gewordenen kapitalistischen Wirtschaftssystems endgültig in die Hinterzimmer der staatlichen und privaten internationalen Finanzdiplomatie sowie in die Büros der großen Zentralbanken, in deren undurchdringlicher Arkansphäre immer neue Bücher mit sieben Siegeln geschrieben werden, von denen man getrost vermuten darf, dass auch ihre Autoren nicht genau wissen, was die in ihnen verzeichneten Menetekel bedeuten.

Parallel zur Verschiebung des sozialen Ortes des Verteilungskonflikts weg von der Alltagserfahrung in immer exklusivere, unsichtbarere und zunehmend rätselhaftere Handlungszusammenhänge vollzog sich eine allmähliche, dafür lange umso unaufhaltsamere Aushöhlung des nachkriegsdemokratischen Standardmodells. Seit den 1970er Jahren ging die Beteiligung an Wahlen aller Art in allen kapitalistischen Demokratien bemerkenswert stetig zurück, und zwar weit überwiegend am unteren Rand der Verteilung von Einkommen und Lebenschancen, also bei denen, die umverteilende Politik eigentlich am nötigsten hätten. Zugleich verzeichneten die politischen Parteien über alle nationalen und ideologischen Unterschiede hinweg einen dramatischen Einbruch ihrer Mitgliederzahlen, und dasselbe gilt für die Gewerkschaften, die seit den 1980er Jahren nur noch in Ausnahmefällen in der Lage waren, mit Aussicht auf Erfolg von ihrem Streikrecht Gebrauch zu machen. Was das Parteiensystem angeht, so zogen sich die staatstragenden Parteien der Mitte zunehmend aus der Gesellschaft ihrer Wähler in die Apparate ihrer Staaten zurück; begleitet wurde die schleichende *Verstaatlichung der Parteien* von einer wachsenden *Privatisierung der Zivilgesellschaften*. Treibende Kraft waren die aus der „Globalisierung“ abgeleiteten Sachzwänge „verantwortlichen“ Regierens, also die tatsächliche oder vermeintliche Abwesenheit von Alternativen und das entsprechende, sich beständig weiter ausbreitende neoliberale Einheitsdenken. So wurden die etablierten Parteien „der Mitte“ immer ununterscheidbarer und gab es für eine wachsende Zahl von Bürgern keinen Grund mehr, sich an Wahlen zu beteiligen, es sei denn als Abnehmer des Unterhaltungsprogramms der entstehenden „Postdemokratie“.

#### *„Populismus“ als Gegenbewegung*

Freilich: Der Kampf um die egalitäre Dimension von Demokratie ist noch nicht entschieden. Vielerorts werden derzeit die Restbestände des Standardmodells der Nachkriegsdemokratie als Ressourcen eines wachsenden Widerstands gegen einen globalisierungsgetriebenen und politikentmachtenden Strukturwandel neu entdeckt. Erstmals seit Jahrzehnten zeichnet sich eine Trendumkehr in der Wahlbeteiligung ab. Allerdings sind daran die postdemokratischen Parteien der „Mitte“ und ihre Medien unbeteiligt, und tatsächlich bekämpfen sie die neue Politisierungswelle mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln: propagandistisch-kulturell, juristisch, institutionell.

Die Rede ist, natürlich, vom sogenannten „Populismus“. Mit ihm meldet sich zurück, was man als die *plebejische Dimension der Demokratie* bezeichnen kann. Mit dem Niedergang der Gewerkschaften, dem Aufstieg einer „marktkonformen“ Technokratie

und dem Übergang zu *global governance* war eine doppelte Umdeutung von Demokratie einhergegangen: in ein substanzielles liberales Wertesystem – Toleranz, Vielfalt, „Buntheit“, „Weltoffenheit“ – und in eine Technik kollektiver Problemlösung. Im Ergebnis wurde Demokratie damit zum Hoheitsgebiet einer neuen, meritokratisch und „kosmopolitisch“ orientierten Mittelschicht, während sie als Artikulationskanal für im normalen Lauf der Dinge „abgehängte“ Unterschichtinteressen delegitimiert wurde. „Ungebildete“ und verängstigte Anhänger umverteiler Politik fanden sich so aus der Demokratie hinausdefiniert. Wer „nichts von Politik versteht“ – also das neoliberale Schulwissen nicht verinnerlicht hat –, die globalisierungsoffenen „demokratischen Werte“ nicht teilt, kann nunmehr als „antidemokratisch“ von einem „breiten Bündnis aller Demokraten“ bekämpft werden.

Der Riss zwischen denen, die andere als „Populisten“ bezeichnen, und denen, die von ihnen als solche bezeichnet werden, ist heute die dominante politische Konfliktlinie in den Krisengesellschaften des finanzierten Kapitalismus. Thema ist kein geringeres als das Verhältnis von globalem Kapitalismus und staatlicher Ordnung. Nichts polarisiert die kapitalistischen Gesellschaften derzeit so sehr wie der Streit über Notwendigkeit und Legitimität nationaler Politik, der zu innenpolitischen Feinderklärungen Anlass gibt, wie es sie seit dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr gegeben hat. Dabei reagieren die von den „Populisten“ abfällig (und von sich selbst beifällig) als solche bezeichneten „Eliten“ auf die neuen Parteien, indem sie diese zu demokratischer Teilhabe für kognitiv wie moralisch ungeeignet erklären. Die Anhänger des neuen „Populismus“ werden als Menschen beschrieben, die „einfache Lösungen“ verlangen, weil sie die nötigen, komplexen Lösungen (wie sie von den bewährten Kräften des Internationalismus unermüdlich geliefert werden) nicht verstehen. So erklärt sich das Aufkommen der neuen Parteien durch einen Mangel an Bildung wie an Vertrauen in Gebildete, was zu „Diskursen“ über eine wünschenswerte Abschaffung von Volksabstimmungen, die Übertragung wirklich wichtiger Entscheidungen an unabhängige Experten und Behörden – Zentralbanken – und die Bindung des Wahlrechts an bestandene Prüfungen in Staatsbürgerkunde Anlass gibt.

Der kognitiven Unmündigkeitserklärung folgt die moralische Disqualifizierung. Forderungen nach nationalem Schutz gegen Risiken und Nebenwirkungen der Internationalisierung werden mit Kampfbegriffen wie „Ethno-Nationalismus“ belegt. „Ängste und Sorgen“ der „Globalisierungsverlierer“, so die Sprachregelung, seien „ernstzunehmen“, aber nur sozialarbeiterisch. Protest gegen materiellen Abstieg und moralische Ausgliederung wird als ästhetisch unappetitlich aussortiert, was dadurch erleichtert wird, dass die früheren Fürsprecher der plebejischen Klassen zur Globalisierungsfraktion übergewechselt sind und ihrer ehemaligen Klientel für die Artikulation von Protest nur das unbehandelte sprachliche Kondensat ihrer Deprivationserfahrungen zurückgelassen haben. So kommt es zu laufenden Verstöße gegen die, in der verweltbürgerlichten Mittelschicht geltenden Regeln korrekten politischen Sprechens. Zugleich entziehen sich Internationalisierungsverlierer und -verweigerer moralischer Zensur, indem sie sich aus den herrschenden Medien aus- und in „soziale“ Medien einklinken, um eigene Kommunikationskreise aufzubauen, in denen sie, anders als im öffentlich-rechtlichen Fernsehen, nicht Gefahr laufen, sich als kulturell und moralisch zurückgeblieben beschrieben zu finden.

Im Ergebnis treibt so der Kulturkampf gegen den „Populismus“ die aus der Gesellschaft gefallenen Globalisierungsverlierer in subkulturelle Segregation und kollektive Identifikation als unterdrückte Minderheit, zumal wenn ihnen, wie in den USA und Großbritannien, immer wieder eröffnet wird, dass sie in nicht ferner Zeit tatsächlich zu einer Minderheit – in ihrer Sprache: „im eigenen Land“ – geworden sein werden. Damit ordnet sich der Protest gegen die Globalisierung in das Muster der Identitätspolitik ein, das im Globalisierungsprozess an die Stelle von Klassenpolitik tritt. Identitätspolitik definiert Gleichheitsprobleme als Gleichstellungsprobleme – etwa wenn die deutsche Große Koalition eine Quote für weibliche Kapitalvertreter in Aufsichtsräten deutscher Großunternehmen durchsetzt, um so den in Armut abrutschenden alleinerziehenden Müttern der neoliberalisierten Erwerbsgesellschaft eine rosige Zukunft vor Augen zu führen.

Sozialstrukturell und politisch übernehmen so in Ländern wie Frankreich, Großbritannien und den USA, und wohl auch schon in Teilen Deutschlands, die absinkenden „weißen“ Bevölkerungsteile Elemente des Sozialverhaltens und des politischen Bewusstseins der Einwanderer: Sie ziehen sich in ghetto-ähnliche Lebenswelten zurück, auch weil ihnen das Wohnen in den internationalisierten Großstädten zu teuer geworden ist, bleiben dort unter sich, pflegen als Stammesbräuche, was einmal „Leitkultur“ war, und erwarten Hilfe eher von Familie und Nachbarschaft als von einem Staat, der ihnen nun ebenso wenig wie den Eingewanderten als der Ihre erscheint. In dem auf „Aktivierung“ und „Wettbewerbsfähigkeit“ umgestellten Sozialstaat erkennen sie die schützende Instanz, für deren Aufbau sie gewählt, gearbeitet, gezahlt und manchmal auch demonstriert haben, nicht mehr wieder, und die polyglotten Manager, die aus globalen Banken und *consulting firms* zeitweilig in die politischen Beraterstäbe umgezogen sind, sind ihnen fremd. Aus den Reden ihrer ehemaligen Repräsentanten entnehmen sie, dass sie längst überflüssig geworden sind – aus der Zeit gefallen, bis auf weiteres in einem ständig von Kürzungen bedrohten Sozialstaat durchgefüttert, der mit ihnen verschwinden wird, wenn eine neue, flexiblere, an die noch moderner gewordenen Zeiten angepasste Generation, die Ansprüche nur noch an sich selber stellt, an ihre Stelle tritt.

#### *Coda*

Die Abkopplung des Kapitalismus von der Demokratie und der Demokratie vom Kapitalismus hat viele Facetten. Ihnen allen zugrunde liegt die schon seit langem voranschreitende Entmachtung des demokratischen Nationalstaats als sozialer Ort marktkorrigierender Politik in der sogenannten „Globalisierung“: der Ablösung der Einbettung von Märkten in Staaten durch die Einbettung von Staaten in Märkte.

Strukturell bedeutet Globalisierung eine Verschiebung der Machtverhältnisse zwischen Kapital und Markt auf der einen Seite und Arbeit und Demokratie auf der anderen. Eine Folge war das Scheitern des Keynesianischen Wachstumsmodells, das national eingegrenzte Kapitalmärkte voraussetzt, und damit die Entwertung der Demokratie als Produktivkraft. An die Stelle des Keynesianischen Wachstumsmodells trat nach und nach ein neoliberales, das vor demokratischer Politik geschützt werden muss, da es statt durch nachfragepolitische Umverteilung von oben nach unten durch angebotspolitische Umverteilung von unten nach oben funktionieren soll. Die erforderlichen institutionellen Veränderungen, wie „Flexibilisierung“ der Arbeitsmärkte, Schwächung der Gewerkschaften und ihrer

Streikfähigkeit, Absicherung der Zentralbanken gegen politische Einflussnahme, Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Dienstleistungen, verstärkte „Eigenbeteiligung“ der Bürger usw. usw. wurden schrittweise und in unterschiedlicher Sequenz und unterschiedlichem Tempo, aber doch mehr oder weniger überall in den sich neoliberal reorganisierenden kapitalistischen Demokratien eingeführt, und meist auf gemeinsames Betreiben beider großer Parteien, mitte-rechts wie mitte-links.

Allerdings verläuft die Abkopplung des neoliberalen Kapitalismus von der Demokratie nicht widerstandslos. Gegenwärtig lassen sich in immer mehr Ländern „von unten“ kommende Bemühungen um eine Wiederinbetriebnahme demokratischer Institutionen im Dienste einer „Gegenbewegung“ gegen den von außen beschleunigten kapitalistischen Modernisierungsprozess beobachten. Bestrebungen, den wiedererwachten Protest unter Bekundung von Abscheu aus dem Verfassungsbogen auszuschließen, hatten zur Folge, dass außerhalb desselben erfolgreich versucht wurde, sie eben dort einzubürgern. Soweit die sich dabei herausbildenden Bewegungen und Parteien die auf den Wettbewerbsstaat zurückgehende nationalistische Deutung von Verteilungskonflikten übernehmen, richten sie sich nicht nur gegen die einheimischen „Eliten“, sondern auch gegen andere Nationen. Nicht nur der rechte, auch der linke Populismus wird von den etablierten Parteien, in deren Wählerschaft beide einbrechen, auf das härteste bekämpft. Dennoch wächst die Zustimmung der Bevölkerung zu „populistischen“ Parteien insbesondere in Europa, wo der Verzicht auf nationale Handlungs- zugunsten internationaler Markt- und Wettbewerbsfähigkeit am weitesten fortgeschritten ist. Sie ist heute dabei, den Prozess der „europäischen Integration“ ebenso anzuhalten wie die für ihn erforderlichen „Strukturreformen“. Dass dies im Namen einer Rückgewinnung der Demokratie geschieht, ist eine bisher unbeantwortet gebliebene, historische Herausforderung für die Betreiber der neoliberalen „Großen Transformation“, insbesondere für die historische Linke.

*(Teil 2: Sonntag, 25. August 2019, 8.30 Uhr)*

\*\*\*\*\*